

Kamener Zeitung

Vollsfreund für Kamen und Umgegend verbunden mit der
Märkischen Zeitung.
Anfall-Unterstützung entsprechend den Bedingungen.

Nr. 237

Mittwoch, den 10. Oktober 1923

51. Jahrgang.

Reichstag.

(Sitzung vom 9. Oktober.)

Auf der Tagesordnung steht die erste Beratung des Ermächtigungsgesetzes

In Verbindung mit einem Antrag Schiffer (Dem.), der u. a. Gesetz verlangt zum Ab-
bau der Beamtenfrage. — Abg. Dr.
Geffert (D.-Nat.) dankt für die Über-
weisung des Ermächtigungsgesetzes an einen
Ausschuß. — Abg. Schiffer (D.) stimmt
dem Ermächtigungsgesetz zu und ist gegen eine
Ausschubberatung. Um den Vortritt des
Gesetzes zu vermeiden, müsse das Parlament
unter Beachtung seiner Befugnisse ein-
verstanden sein. — Abg. Frölich (Komm.):
Das Ermächtigungsgesetz bedeutet den Tod der
Demokratie und den Beginn der Diktatur. Es
ist die Schuld der Sozialdemokratie, daß wir
heute in der parlamentarischen Diktatur be-
finden. Abg. Frölich geht dann auf die in
der Presse veröffentlichten Forderungen
der Schwerindustrie ein und bezeichnet
sie als die Grundlage der jetzt mit dem
Ermächtigungsgesetz geplanten großkapita-
listischen Diktatur. — Abg. Müller-Fran-
ken (Soz.) ist mit diesen einzelnen Forderungen
des Antrages Schiffer einverstanden. In den
jetztigen abnormen Zeiten seien außerordentliche
Mittel nötig. Die Sozialdemokratie halte grund-
sätzlich am Achtstundentage fest. Angesichts des
jetzigen Generalangriffes der Unternehmer im
Ruhrbergbau sei die Achtstunde gefühllos. Die
Forderung der Arbeiter ist notwendig. Der
Rechner richtet an die Regierung die Frage:
Ist der Regierung bekannt, ob die Zeitungs-
mitteilungen richtig sind, daß führende deutsche
Unternehmer bei dem französischen General an-
gefragt haben, wie die Verlängerung der Ar-
beitszeit über den gesetzlichen Achtstundentag
ausgeführt werden kann, und daß der fran-
zösische General durch die Antwort be-
zeugt hat, daß es sich nicht um eine innerdeutsche Angelegen-
heit, in die er sich nicht einmische? (Hört!
Hört!) Wir wollen weiter Klarheit haben über
die Verhandlungen, die von der
rheinischen Industrie mit den fran-
zösischen geführt wurden. Der Otto Wolff-
Vertrag ist der schwerste Eingriff in die
Regelung der Reparationsfragen. Ist nicht schon
der Zeitpunkt gekommen, wo der Reichstags-
minister prüfen muß, ob nicht Landesverrat
vorliegt?

Abg. Dr. Hugo (D. Wp.) stimmt dem
Gesetz nicht vom Standpunkt der Partei, son-
dern von dem des Vaterlandes zu. Rechner
wünscht die Aufhebung der Währungsgebarung,
Staffelung der Zinsen und zahlreicher an-
derer Steuern und Hebung der Kohlenpro-
duktion. — Abg. Wille (D.-Nat.) betont,
daß Dr. Stresemann sich erst am 10. August
mit aller Schärfe gegen den Gedanken der
Diktatur gewandt habe. — Reichstags-
minister Dr. Solfmann: Herr Abgeord-
neter Wille, ich lehne es ab, mich mit Ihnen
über deutsche Ehre zu unterhalten, seitdem ich
weiß, daß Sie meinem Ministerium ohne ein
Wort des Widerspruches ein Telegramm über-
mittelt haben, in dem ein ganzer Landesteil
droht, sich unter die Hoheit eines fremden
Staates zu stellen. Wir verstehen nicht die
Bedenken, die in allen Parteien gegen ein
Ermächtigungsgesetz bestehen. Von einem
Vortritt des Parlamentarismus kann keine
Rede sein. Die Reichsregierung wird sich
gegen jeden Versuch einer illegalen Diktatur
zur Wehr setzen. Im Namen der Reichs-
regierung habe ich folgende Erklärung
abzugeben: Die Herren Salmes, Wöl-
fer und Klotz haben im Auftrage des
Vergabenden Ausschusses und in
Wahrnehmung ihrer eigenen Inter-
essen Verhandlungen mit General De-
goutte aufgenommen. Ihre Absicht, vor der
Abreise zu diesen Verhandlungen mit dem
Reichstagskanzler in Aussicht zu nehmen,
kam nicht zur Ausführung, weil der
Reichstagskanzler wegen der Regierungskrise
und der damit verbundenen Besprechungen die Her-
ren nicht empfangen konnte, als diese in der
Reichstagskanzlei erschienen. Nach Mitteilung
den Verhandlungen berichteten die Herren an
den Reichstagskanzler unverzüglich. Das Ergebnis ist
heute in der Presse veröffentlicht. Die ver-
handelten Fragen sind am Sonntag in Ver-
bindung mit zahlreichen anderen Material
übergeben worden und konnten bis zur Stunde
weder von den beteiligten Ressorts noch eben-
falls von dem gesamten Kabinett durchge-
arbeitet oder gar zu Unterlagen von Entschlei-
dungen gemacht werden. Die Reichsregierung
konnte bisher zu den aufgeworfenen schwe-
rigen Fragen aus dem Grunde keine
Stellung nehmen, weil die diplomatischen Ver-
treter des Reiches in Paris und Brüssel An-
weisung erhalten haben, eine Meinungsäuße-
rung der dortigen Regierungen über die mit
den Arbeitsangelegenheiten zusammenhängenden Fragen herbeizuführen und
die Vorklärung hierüber zunächst abge-
wartet werden muß. Ich bitte das Haus, sich
zunächst mit dieser Erklärung zu begnügen.
Es wird ja zweifellos über die wichtigsten Vor-
gänge im Westen weiteres zu sagen sein. —
Abg. Wille (D.-Nat.) weist den Angriff des

Ministers Solfmann zurück. Die Bevölkerung
der Insel Vorkum habe sich über kommuni-
stischen Terror beklagt und in einem Tele-
gramm erklärt, wenn kein Wandel eintrete,
werde man sich unter holländischem
Schutz stellen. (Große Unruhe.) Als Ab-
geordneter sei er verpflichtet gewesen, dieses
Telegramm sofort an das Innenministerium
weiterzuleiten. — Minister Solfmann:
Ich habe schon einmal darauf hingewiesen, daß
dieses hochverräterische Telegramm vom Abg.
Wille dem Ministerium ohne ein Wort des
Widerspruches übergeben wurde. (Lärm bei
den Deutschvölkischen und den Kommunisten.)
— Der bairische Abgeordnete von
Preger wiederholt hierauf unter stürmischen
Beifallstuschelungen der Deutschnationalen
und Völkischen die schon im Reichstag abge-
gebene Erklärung: Die bairische Regie-
rung kann dem Gesetz nicht zustimmen.
Sie trägt Bedenken, in die Hände der
Reichsregierung in ihrer gegenwärtigen Zu-
sammensetzung so weitgehende Vollmachten zu
legen, wie in diesem Entwurf enthalten sind,
zumal sie sich nicht einmal auf dasjenige Ge-
biet miteinreden sollen, auf dem sie am not-
wendigsten wären. (Große Unruhe links.)
Damit schließt die erste Beratung. Der An-
trag der Deutschnationalen auf Ausschubüber-
weisung wird abgelehnt.

Ein Antrag der Kommunisten

Ist zur zweiten Beratung eingegangen, der ver-
langt, die Regierung möge das Verfahren
wegen Komplotts gegen die innere
und äußere Sicherheit des Reiches
und wegen Hochverrats gegen die rhei-
nischen Schwerindustriellen einleiten, die mit
General Degoutte und dem Vorliegenden der
interalliierten Kommission die bekannten Ver-
handlungen geführt haben.

Abg. Dr. Efferich (deutschnational) geht
auf die Regierungserklärung zu den Verhand-
lungen ein und sagt dazu: Sehr beklaglich ist
mir nicht dabei, wenn in solchen Zeiten und in
solcher Lage des Reiches Verhandlungen mit dem
Gegner geführt werden, für die nicht enge
Vereinbarungen mit der Regierung getroffen
worden sind. Die e...en haben auf eigene
Verantwortung verhandelt und wir können nur
hoffen, daß dabei nicht vaterländische Interessen
verletzt worden sind. Wenn aber tatsächlich,
wie die Presse behauptet, ein Vertrag abge-
schlossen sein sollte, so weiß ich nicht, wogin
wir steuern, wenn jeder einzelne in der Lage
sein soll, mit dem Gegner zu verhandeln und
Verträge abzuschließen. Zum Ermächtigungsgesetz
ist zu sagen, daß auch wir der Meinung
sind, daß das Reich eine bessere politische Stellung
braucht, als sie die Weimarer Verfassung bietet.
Mit unserer jetzigen Wirtschaft kann es nicht
weitergehen. Wir brauchen Steigerung der Pro-
duktion und eine eiserne Sparsamkeit. Wenn
nicht schnell eine einigermaßen wertvolle
Währung geschaffen wird, gehen wir zu
Grunde. Nur das wollte Graf Westphal sagen.
Er wollte keineswegs die Landwirte zur Zu-
rückweisung des Papiergeldes anregen. Wenn
die Abgeordneten jetzt auf mehrere Monate
in die Heimat fahren, werden sie hoffent-
lich, um selbst ein Beispiel des Opfer-
willens zu geben, auf die Dächern ver-
stiegen. Abg. André (Hr.): Der Antrag der
Sozialdemokraten, nach ihrem ganzen Er-
werbslosenproblem aus dem Ermächtigungsgesetz
herausgenommen werden soll, geht über die
getroffenen Vereinbarungen hinaus. Abg. Nord
(Hr.) lehnt das Gesetz ab, da es die
Rechte der Länder in unerträglicher Weise be-
schränkt.

Nach kurzer weiterer Debatte schließt die
Aussprache.
Unter Ablehnung aller Anträge wird §
1 angenommen, mit dem Zusatz, daß die Lei-
stungen aus der Unversicherungversicherung aus
dem Gesetz ausgenommen werden. Der Rest des
Gesetzes wird genehmigt.

Preussischer Landtag.

(Sitzung vom 9. Oktober.)

Auf der Tagesordnung steht die Entgegen-
nahme einer

Erklärung der Regierung.

Ministerpräsident Braun dankt zunächst
der Bevölkerung des besetzten Gebietes für die
Ausdauer, die sie in dem schweren Kampfe
gezeigt habe, und spricht dann der Reichs-
regierung den Dank dafür aus, daß sie die
Lage erkannt und den Mut befaßt habe, dem
unhaltbaren Zustand ein Ende zu machen.
(Diese Ausführungen werden von stürmischen
Zurufen der äußersten Rechten unterbrochen.)
Der Minister kündigte angesichts der drohenden
Arbeitslosigkeit, die durch die Aufrückung ent-
standen sei, Maßnahmen der Staatsregierung
an, um unter Verweisung von Staatsmitteln
der äußersten Not zu steuern. Die Steuern
müssen mit Anspannung aller Kräfte eingezo-
gen und neue Steuerquellen gesucht werden. Aber
solange der Verfall der Währung auf uns lastet,
würden alle Bemühungen, unsere Währung zu

verbessern, keinen Erfolg versprechen. Trotz-
dem müssen wir den Versuch auf jede Weise
unterstützen, mit Hilfe einer Währungsbank, wie
das Reich sie plant, die Währung wieder auf
eine feste Grundlage zu stellen. Der Minister
protestiert sodann gegen die gestrigen Aus-
führungen des Abg. Graf Westphal im Reichs-
tag, daß die Bevölkerung infolge des Währungs-
verfalles bei vollen Steuern dem Verhungern
ausgesetzt sein werde. Als Redner ausführte,
eine solche Drohung sei noch schlimmer, als
das Massensterben in Rußland, bricht ein neuer
Sturm auf den Rücken der Kommunisten aus.
Der Minister kündigt sodann eine rücksichts-
lose Durchführung der Währungsmaßnahmen an,
um den Preisverfall ein Ende zu bereiten.
Kohle und Eisen geben den Anlaß für die
Preisverfall in den anderen Gebieten.
Der Ministerpräsident beendet sich dann gegen
die Bestrebungen gewisser Kreise, den Abfall
vom Reich zu fördern und Preußen auszu-
steuern. In scharfen Worten wendet sich der
Ministerpräsident gegen die Ausführungen Boi-
carens über die Düsseldorf Vorgänge. Innere
Selbstverleumdung bedeute die Verführung jeder
Hoffnung auf Rettung.

In der Besprechung der Regierungser-
klärung betont Abg. Zimmer (Soz.), trotz
der Gegenüberstellung müsse regiert werden. Jetzt
gelte es, die Produktion im Ruhrgebiet wieder
aufzurichten. Der Versuch gegen die soziale
Fürsorge und den Achtstundentag müsse auf das
schärfste zurückgewiesen werden. Die Verhandlungen
zwischen Salmes und Degoutte hätten viel böses
Blut gemacht. — Abg. Wenzel (Hr.)
erklärt, der Widerstand habe moralisch einen
großen Erfolg gehabt und die Hoffnung auf den
Tag der Wiederaufrichtung des deutschen Volkes
gestärkt. Von den Separatisten wollen die
Rheinländer nichts wissen. — Abg. v. Lin-
dehn (Hr.) verurteilt die Auf-
gabe des passiven Widerstandes. Die Ehren-
punkte, die Preisgaben der Gefangenen und
Rückkehr der Vertriebenen sind nicht mit der
genügenden Energie geltend gemacht worden.
Der Rechner erklärt, daß nach seinen Infor-
mationen Dr. Westphal soeben das Abge-
ment als Vorkämpfer in Paris erhalten habe.
Das parlamentarische Spiel paßt nicht für
unser Volk. Ohne Lösung des Währungspro-
blems ist das Ernährungsproblem nicht zu lösen.
Der Rechner schließt, daß Preußen nicht zu-
grunde gehen werde, weil noch Kräfte vor-
handen sind, die an dieses Preußen glauben.
— Abg. Dr. Kalle (D. Wp.) erklärt unter leb-
haften Hört!-Hörts!-Rufen, daß die Behauptung
Westphals sei vom Vorkämpfer in Paris er-
halten worden, nicht zutreffend, worauf Abg. v.
Lindehn (Hr.) erwidert, daß die
Nachricht in der Presse gestanden habe und bis-
her nicht widerlegt sei.

Mittwoch: Weiterberatung.

Keine Verlängerung der Arbeits- zeit!

(W) Auf den Zeichen des Ruhrgebietes ist
durch Anschlag folgende Bekanntmachung
erfolgt: Der rheinisch-westfälische Bergbau hat
durch seine gestrige Bekanntmachung den Ver-
such gemacht, eine sofortige Verlängerung
der Arbeitszeit wieder einzuführen,
weil er dies nach seinem pflichtgemäßen
Ermeßen für das einzige Mittel hält,
um noch größere Not in der Be-
völkerung zu verhindern. Die Re-
gierung und die Gewerkschaften haben gegen
die Durchführung dieses Beschlusses Stellung
genommen und sind in Verhandlungen dar-
über eingetreten. Wir müssen für die Folgen,
die durch diese Verzögerung sich ergeben, die
Verantwortung ablehnen und lassen vor-
läufig die bisherige Arbeitszeit
bestehen. Die Belegschaften sämtlicher Zeichen
des Ruhrgebietes waren gestern der Parole
ihres Verbandes gefolgt und haben die bis-
herige Arbeitszeit eingehalten.

Verhandlungen zwischen Regierung und Ruhrindustriellen.

Wie der B. Z. erfährt sind gestern im
Reichstags Verhandlungen zwischen Mitgliedern
der Reichsregierung und führenden Ruhrindus-
triellen eingeleitet worden über die Maßnahmen
der Arbeit im besetzten Gebiet.

Dem Vorworts zufolge finden heute im
Reichsarbeitsministerium Besprechungen zwischen
dem Reichsarbeitsminister und Vertretern des
bergbaulichen Vereines über die Vorgänge der
letzten Tage im Ruhrgebiet statt. Am Donnerstag
werde im Gegenwart von Gewerkschaftsvertre-
tern über die gleiche Angelegenheit verhandelt
werden.

Geführt täglich.
Wegungswelt für die Woche vom 8. bis 14. Oktober
50 Millionen W. Falls die in der Ausgabe ob. Beilegung
der Zeitung verhindert sind, hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch
auf Lieferung oder Nachlieferung des Blattes oder auf Rück-
zahlung des Bezugspreises. Für die Redaktion verant-
wortlich: Dr. Schödel, Kamen.

Die von Stinnes geführte Gruppe der Ruhr-
industriellen hat der Reichsregierung folgende
zehn Forderungen überreicht:

1. Erlass der seit der Ruhrbesetzung beschlag-
nahmen Kohlen.
2. Erlass der seit dieser Zeit zwangsweise
erhöhten Kohlensteuer.
3. Befreiung der Kohlensteuer für das
Ruhrgebiet.
4. Garantie der Verfügung über alle künf-
tig zu liefernden Reparationskohlen.
5. Bevorzugte Belieferung des besetzten Ge-
bietes mit Rohstoffen und Lebensmitteln.
6. Aufhebung des Kohlenkontingents und
der staatlichen Verteilungsorgane der Kohlen
im besetzten Gebiet.
7. Ermächtigung der Kommission der Indus-
triellen, die Verhandlungen mit der Ver-
sorgungsbehörde weiter zu führen.
8. Ermächtigung der Kommission, mit den
Versorgungsmächten laufende Fragen zu regeln.
9. Wie sollen sich die Industriellen zu der
Regierung stellen? Wie stellt sich die Reichs-
regierung zur Schaffung einer Eisenbahnbetriebs-
gesellschaft im besetzten Gebiet, an der das
Rheinland, Frankreich und die Industriellen be-
teiligt sind?
10. Verlängerung der Arbeitszeit auf 8 1/2
Stunden unter Tage und auf 10 Stunden über
Tage und Aufhebung sämtlicher Demobilis-
mationsverordnungen.

Nach einer Meldung des B. Z. aus Gelsen-
kirchen haben die Gewerkschaften christlicher Berg-
arbeiter beim Reichstagskanzler den Antrag ge-
stellt, die Zersplitterung des Ruhrgebietes zu
verhüten, da sie einen schweren Verlust gegen
die Reichsverfassung und gegen andere gesetzliche
Bestimmungen begangen hätten.

Die Phönix-Verträge mit Frankreich.

Nach den Meldungen Pariser Blätter, ist
zwischen den Vertretern des Phönixkonzerns und
denjenigen Frankreichs folgender Vertrag ge-
schlossen:

1. Die Phönixwerke entrichten die Kohlen-
steuer der letzten drei Monate 1923, die bis-
her noch nicht bezahlt war. Außerdem zahlen
sie den französischen Behörden denselben
Betrag vom 1. Jan. 1923 ab laut dem vor-
liegenden Uebereinkommen. Dabei gilt als aus-
gemacht, daß die Kohlenlieferungen für Rech-
nung der Reparationen vor den bereitgestellten
Kohlenlieferungen keinen Vorrang unter-
liegen.
2. Die Tonnagezahl, zu deren Lieferung an
Frankreich die Phönixgruppe verpflichtet ist, wird
unter Berücksichtigung der allgemeinen Ertrags-
fähigkeit des Ruhrgebietes dem Ertrag der Werke
und Fabriken dieser Gruppe angepaßt. Die Be-
lieferung der von den Besatzungsbehörden aus-
gebeuteten Eisenbahnen wird auf dem Wege
der Priorität vorgenommen; die anderen Be-
lieferungen erfolgen durch Erteilung von Gut-
scheinen.
3. Die Metallvorräte werden nach Maßgabe
der eingezahlten Beträge abtransportiert werden,
wobei gleichzeitig die Gefangenen von Panzergarantien
für die Abgabe der Kohlensteuer zu erfolgen
hat.
4. Soweit diese Bedingungen erfüllt wer-
den, erhalten die Phönixwerke die Erlaubnis,
Kohlen und andere Produkte in Deutschland zu
billigen Preisen abzugeben. Sie erhalten gleich-
zeitig die Genehmigung, einen gewissen Vorrat
von Kohlen nach dem Ausland auszuführen.
5. Zu dem Verkauf oder zur Ausfuhr sind
jedoch Erlaubnisscheine einzuholen.

Die französischen Blätter erwarten, daß
andere Industrielle so schnell wie möglich dem
Beispiel der Phönixwerke folgen und General
Degoutte Vorschläge zur Wiederaufnahme der
Kohlenlieferungen und zur Zahlung der Koh-
lensteuer unterbreiten werden.

Das Ermächtigungsgesetz.

(W) Der Reichstag hat in seiner gestrigen
Sitzung der Vorlage des Entwurfes eines Er-
mächtigungsgesetzes mit der für die Verfassungs-
änderung vorgeschriebenen Mehrheit zuge-
stimmt. Der Entwurf des Ermächtigungsgesetzes
lautet:

- § 1. Die Reichsregierung wird ermächtigt,
die Maßnahmen zu treffen, welche sie auf fi-
nanziellen, wirtschaftlichen und sozialen Ge-
bieten für erforderlich und dringend notwendig
hält. Dabei kann von den Grundrechten des
Reichsverfassung abgewichen werden.
Die Ermächtigung erstreckt sich nicht auf
die Regelung der Arbeitszeit und auf die Ein-
schränkung der Renten und Unterstützung der
Versicherten und Rentenempfänger und so-
zialen Versicherung und Kleinrentner.
Die erlassenen Verordnungen sind dem
Reichstag und dem Reichsrat unverzüglich zur
Kenntnis zu bringen. Sie sind auf Verlangen
des Reichstages sofort anzuhängen.
- § 2. Dieses Gesetz tritt mit dem Tage der
Veröffentlichung in Kraft. Es tritt mit dem
Wechsel der gegenwärtigen Reichsregierung frü-
estens aber am 31. März 1924 außer Kraft.

Westfalen und Rheinland.

Kamen, 10. Okt. (Verschiedenes.) Eine wichtige Bestimmung des Grundschulgesetzes gelangt durch den Ministerialerlass vom 31. März 1923 nächsten Oftern erstmalig zur Anwendung. Für alle Kinder gilt ab dann die reichsrechtliche Bestimmung, daß sie in eine höhere oder mittlere Schule erst nach 4 Jahren vom Beginn ihres Schulpflichtalters ab eintreten dürfen, nämlich vom 1. April des Jahres ab, in dem sie bis zum 1. Oktober 10 Jahre alt geworden. Dementsprechend dürfen die Oftern 1921 schulpflichtig gewordenen Kinder, auch die der Vorschulen und der an manchen Volksschulen bestehenden sogenannten Förderklassen, erst Oftern 1925 zur höheren Schule kommen. Die Förderklassen sind nicht mehr zugelassen, und den privaten Vorschulen ist anheimgestellt worden, eine 4. Klasse einzurichten. Für viele Eltern wird es daher wichtig sein, zu wissen, daß nächsten Oftern nur diejenigen Kinder in eine höhere Schule aufgenommen werden dürfen, die bis zum 1. Oktober 1924 mindestens 10 Jahre alt werden. Da das Grundschulgesetz keine Ausnahmen zuläßt, wird seine Durchführung viele Härten verursachen. Alle Bemühungen, diesen vorzubeugen, sind bisher vergeblich gewesen.

An die gesamte Einwohnerschaft wendet sich das Stadtwahlamt mit einem Aufruf, der auf die grenzenlose Not einzelner Familien und Volksgenossen hinweist und ersucht, dieser Armen, die nicht imstande sind, das Notwendige für den Lebensunterhalt zu erstehen, zu gedenken. Erstes Gebot der Nächstenliebe ist es, der großen Not unserer unerschuldet leidenden Schichten abzuhelfen. Jede noch so geringe Gabe an Geld und Naturalien wird im Wahlamt entgegen genommen, Geldspenden nimmt außerdem die Geschäftsstelle der Kamener Zeitung an. Hier können die Vereine, Klubs und Stammtische ein gutes Werk tun, wenn sie sich dieser Armen erinnern, auch bei Silberhochzeiten und

anderen Familienfesten erinnere man sich dieser. Den Aufruf der Vereine usw. hat in diesem lobenswerten Bestreben der Stammtisch „Die Blau-Weißen“-Ehrenhöhe gemacht, indem er 300 Millionen Mark der Sammlung der Kamener Zeitung überwies. Wer folat nach? — Vom Wahlamt wird uns dazu noch geschrieben: Der vom Stadtwahlamt veröffentlichte Aufruf „An Alle“ ist nicht ergebnislos erschienen. Es sind am 1. Tage bereits Spenden im Betrage von etwa 800 000 000 Mark abgegeben worden. Auch Naturalien (Kartoffeln, Kohle) wurden bereits überwiesen. Verteilung der Spenden geschieht alsbald, um der Geldentwertung vorzubeugen. Im Stadtwahlamt, Rathaus, Zimmer 1, ist eine Miesspachbüchse aufgestellt, in die ein jeder unbeschadet sein Scherlein werfen kann. Auch liegt eine Liste aus für diejenigen, die auf öffentliche Quittungsleistung (um Nachzahlung anzuregen) Wert legen. Also heraus mit Spenden zum Wohle der Alten unserer Stadt, laßt groß und klein miteinander wetteifern! Wir dürfen erwarten, daß sich sämtliche Schulen der Stadt in den Dienst der guten Sache gestellt haben. Dann werden sich die ersten Vereine, Zusammenschlüsse, Gesellschaften (Hochzeiten, Tauf-, Geburtstagsgesellschaften), melden. Auch kleine Geldscheine werden gern angenommen.

Der Dollar nach der amtlichen Notierung vom Dienstag = 1 197 000 000 — 1 203 000 000, das englische Pfund = 5 486 250 000 — 5 513 750 000, der holländische Gulden = 473 812 500 — 476 187 500, der Schweizer Franken = 215 460 000 — 216 540 000 Mark.

Die Sekete, die nach dem bekannten Vers selbst beim Sturm ruhig blieb, oft aber das Gegenteil befandete, indem sie über die Ufer trat und die weiten Wiesen mit Regengüssen füllte, wird nun obigem Vers Recht geben und schließlich in Ruhe daherschießen, denn in der Vorwoche leitete man die Wasser in das neue Bett und fast merkt man nicht, daß die Regengüsse der letzten Tage eine Erhöhung des Wasserstandes brachten. Da man das Flußbett zwei Meter tiefer legte, werden sich auch die Grundwässer, die in den Kellern sich unangenehm bemerkbar machten, mit der

Zeit verziehen. In vielen Stellen lagen bisher die Keller tiefer, als der Wasserstand der Sekete. Die neue Holzbrücke, die die Bahnhofstraße (bei Tombrin) mit der Klosterstraße verbindet, ist fertig und wird sofort benutzt werden können, wenn der Notgraben, durch den das Wasser während der Regulierungsarbeiten geleitet wurde, zugeschüttet ist. Denn so wie er jetzt daliegt, kann er natürlich nicht bleiben, die anliegenden Bewohner könnten sonst vor unangenehmen Gerüchen und Fliegenschwärmen die Fenster nicht öffnen.

An die Arbeiter und Angestellten des Bergbaues

erlassen die gewerkschaftlichen Vereinigungen einen Aufruf, in dem es nach einer Meldung des Wolffbüros heißt: Grubenbesitzer befehlen einfach 8 1/2 Stunden für den unterirdischen Betrieb, 10 bzw. 12 Stunden für die Arbeiter über Tage. Die Unternehmer begründen ihr Vorgehen mit der Notwendigkeit, die Produktion zu steigern, um die Preise für Rohstoffe ermäßigen zu können. Die Arbeitnehmerorganisationen haben nie einen Zweifel darüber gelassen und vielfach durch die Tat bewiesen, daß sie bereit sind, vollwirtschaftlichen Notwendigkeiten Rechnung zu tragen. Das Vorgehen der Unternehmer ist ein unerhörtes, bisher noch nie dagewesenes Vorgehen in der Geschichte der Regelung der Arbeitsbedingungen, soweit sie durch Gesetz und Vertrag geordnet waren. Kein Arbeiter, kein Angestellter, keine Gewerkschaft, keine Regierung, die Ordnung im Staat und in der Wirtschaft wollen, können ein derartiges diktatorisches Vorgehen hinnehmen. Die Organisationen fordern deshalb die Arbeiter und Angestellten des Bergbaues auf, sich nur an die gesetzlichen Bestimmungen, die Arbeitsordnung und den Tarifvertrag zu halten. Die Arbeitnehmer haben die Pflicht, weiter zu arbeiten wie bisher und sich ruhig, aber entschlossen gegen die einseitige Veränderung der Arbeitsbedingungen zu wehren. Die Bergwerksmitglieder müssen zu der gewohnten Zeit

zur Arbeit oder Anfahrt erscheinen. Alle an der Seilfahrt Beteiligten haben wie bisher zur gewohnten Zeit ihre Pflicht zu erfüllen und sämtliche Belegschaftsmitglieder müssen nach Beendigung der tariflichen Arbeitszeit die Betriebe verlassen.

Dortmunder Schlachtviehmarkt.

Dortmund, 8. Okt. Aufgetrieben waren: 319 Stück Großvieh, 129 Kälber, 179 Schafe, 559 Schweine. Es kosteten (100 Pf.) Schafe 1a 5000—5100, 2a 4700—5000, 3a 4300—4700, 4a 3800—4500. Bullen: 1a 4300—4500, 2a 3800—4300, 3a 3200—3800, 4a 2800—3500. Kälber: 1a 5000—5100, 2a 4500—5000, 3a 4000—4500, 4a 3500—4000. Schweine: 1a 5000—5200, 2a 4500—5000, 3a 4000—4500, 4a 3500—4000. Marktverlauf: flott. — In den Pressen sind enthalten die Unkosten an Frucht, Viehhofgebühren, Umkloster, Händlergewinn.

Wirtschafts-Zahlen.

1 Goldmark (5. 10.)	192 217 083
Reichsilbermünzen 1 Mk.	55 000 000
Goldmarkkurs	
der Landabgabe (10. — 12. 10.)	137 000 000
Dollar-Mittelkurs	838 000 000
Goldzollaufgeld (10. — 12. 10.)	13 689 900 000
Reichsbankzinsfuß	108%
Großhandelsziffer (für Sept.)	28 900 000
Lebenshaltungsziffer (1. 10.)	40 400 000
Personenverkehrsziffer (ab 1. 10.)	60 000 000
Güterverkehrsziffer (ab 1. 10.)	72 000 000
Arbeitszeit u. für Waren (ab 7. 10.)	2 000 000
befest. Gebiet	2 700 000
für Arbeitsvergütung	400 000
Buchhändler-Schlüsselzahl (ab 8. 10.)	100 000 000
Lohnmehrsatz für Reichsarbeiter	63 000
Postkartengebühr (ab 1. 10.)	2 070 000
Briefgebühr (ab 1. 10.)	5 000 000

Nachruf.

Nach längerem, schwerem Leiden verschied in der Frühe des vergangenen Sonntags der Ehren-Vorsitzende unseres Vereins

Herr Sparkassengegenbuchführer a. D.

Fritz Flor.

Sein Name ist mit der Geschichte des Bürger-Schützen-Vereins Kamen aufs engste verknüpft. Lange Jahre hindurch hat er als erster Vorsitzender den Verein mit grosser Treue, mit Umsicht und Tatkraft geleitet und gefördert. Durchdrungen von echter Heimats- und Vaterlandsliebe war er immer freudig bereit, an der Verwirklichung der Ideale unseres Vereins mitzuwirken. Ein echter Westfale im Denken und Handeln, ist er uns stets ein leuchtendes Vorbild gewesen.

Das Andenken an den Verstorbenen wird bei uns in hohen Ehren gehalten werden. 2931

Bürger-Schützen-Verein Kamen.

Nachruf!

Am Sonntag, den 7. Oktober, starb nach langem Leiden unser Ehrenmitglied

Herr Sparkassengegenbuchführer a. D.

Fritz Flor.

Trauernd stehen wir an der Bahre des Mitbegründers unserer Wehr. Im Vorstande, dem er seit der Gründung angehörte, wurde seine reiche Erfahrung und sein kluger Rat allezeit hochgeschätzt. Selbstlos und treu hat er mit seinem Interesse an allen unsern Bestrebungen teilgenommen. In seinem geraden, aufrechten Charakter, seinem stets hilfsbereiten Wesen und seiner echten Kameradschaftlichkeit wird er uns unvergessen bleiben. Wir werden ihm unsere Dankbarkeit auch über das Grab hinaus bewahren. 2934

Freiwillige Turner-Feuerwehr Kamen.

Nachruf!

Am 7. d. Mts. ist unser Ehrenvorsitzender

Herr Fritz Flor

Inhaber des Ehrenbriefes der Deutschen Turnerschaft, nach langem, qualvollem Leiden aus einem tatenreichen Leben abgerufen worden. Ueber 50 Jahre ist er ein überaus treues Mitglied unseres Vereins gewesen und hat in den verschiedensten Posten seine ganzen Kräfte der Turnerei stets gerne zur Verfügung gestellt. Wir werden seine Verdienste nie vergessen. 2936

Der Turnverein zu Kamen.

Wiederverkäufer

welche Gewicht auf grosse Auswahl, reelle Bedienung und solide Preise legen,

kaufen

Ihren Bedarf in Zigarren, Zigaretten, Rauchtabak und Kautabak in

nur

1a. Qualitäten, von ersten, bekannten Firmen, weit unter Fabrikpreisen

bei

prompter Lieferung, frei Haus, in der ersten und grössten Tabakgrosshandlung

Hans Dolle

Ostentor. Kamen. Anruf Nr. 2.

Ein Fuder Dünger und eine Dezimalwage

(4 Ztr. Tragkraft) mit Gewicht zu verkaufen, oder gegen Lebensmittel zu vertauschen. 2937

Zu erfragen in der Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Inserieren in dieser Zeitung bringt stets Erfolg.

Auf sofort ein ordentliches

Mädchen

gesucht. 2939

Zu erfragen in der Geschäftsstelle der Kamener Zeitung.

Junges Mädchen,

welches zu Hause schlafen kann, für kleinen Haushalt gesucht. 2939

Näheres in der Geschäftsstelle d. Kamener Zeitung

Das neueste von der Mode.

Das neueste von der Mode. Das neueste von der Mode.

Das neueste von der Mode. Das neueste von der Mode.

Das neueste von der Mode. Das neueste von der Mode.

Das neueste von der Mode. Das neueste von der Mode.

Bürger-Schützen-Verein Kamen.

Zur Beerdigung unseres Ehrenvorsitzenden

Herrn Fritz Flor

treten die Mitglieder Donnerstags nachmittags 3 Uhr im Schützenhof (B. Reinhard) an (Offiziere: Dunkel Anzug, Hut, Knäpfe und Schärpe; Schützen: Mägen.) 2932

Der Vorstand.

Turn-Verein zu Kamen.

Zur Beerdigung unseres Ehrenvorsitzenden

treten die Mitglieder am Donnerstag nachmittags 3 Uhr nachmittags in der Turnhalle an. Vollständiges Erscheinen wird bestimmt erwartet. 2935

Der Turnrat.

Von heute ab gelten für markenfreie Backwaren folgende Mindestpreise: 2938

1 Brötchen 3 000 000

Al. weis. Stuten 60 000 000

Halbroggenstuten 56 000 000

Kleines Graubrot 75 000 000

(3 1/2 Pfund)

Schwarzbrot 65 000 000

Schwarzbrot 22 100 000

3 Zwieback 1 Pfund 70 000 000

Die Bäcker-Innungen

von Hamm, Anna, Kamen

und Umgegend.

Fr. Brinkmann

begl. Vertreter von

Pastor Selles Heilweise

Anna, Bahnhofstr. 48

Extrakt: Dienstag und

Freitag von 8 bis 6 Uhr.

Gem. f. Ausfahrungsanwei-

sung zu § 18 der O. B. B. B.

vom 26. November 1907 betr.

Verhütung von Feuergefahr

beginnt die diesjährige Feuer-

schau am Mittwoch, den

10. Oktober 1923. Die

Teilnehmer sind verpflichtet,

den Grundstücken zu gelassen. Die

Teilnehmer sind verpflichtet,

den Grundstücken zu gelassen. Die

Teilnehmer sind verpflichtet,

den Grundstücken zu gelassen. Die

Teilnehmer sind verpflichtet,

den Grundstücken zu gelassen. Die

Teilnehmer sind verpflichtet,

den Grundstücken zu gelassen. Die

Teilnehmer sind verpflichtet,

den Grundstücken zu gelassen. Die

Teilnehmer sind verpflichtet,

